

Weniger Regeln für Kinderbetreuung

Landratskommission will schlankes Rahmengesetz mit viel Spielraum für die Gemeinden

Von Georg Schmidt

Liestal. Die «Müli-Stube» in Oltingen funktioniert nach einem einfachen Prinzip: «Die Gemeinde stellt den Raum zur Verfügung und die Mütter im Dorf organisieren die Betreuung der Kinder», sagt Ueli O. Kräuchi. «Solche Angebote, die kostengünstig sind, aber gut auf die lokalen Bedürfnisse und Möglichkeiten abgestimmt sind, dürfen nicht gefährdet werden», sagt der Geschäftsführer des Verbands der Basellandschaftlichen Gemeinden (VBLG) weiter.

Diese Kritik, gemünzt auf das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB) im Schulbereich, hat ihre Wirkung nicht verfehlt: Für die Landratskommission des Landrats war genau die ablehnende Stellungnahme des VBLG «ausschlaggebend», als sie mit knapper Mehrheit für eine Rückweisung des FEB-Gesetzes an die Regierung plädierte (BaZ von gestern).

Das Gesetz, wie es der Kommission vorgelegt worden war, sei «für viele Gemeinden eine Überforderung in organisatorischer und finanzieller Hinsicht», heisst es in einem Communiqué vom Donnerstagabend. Gefordert sei ein «Rahmengesetz, welches die Gemein-

den bei der Ausgestaltung und Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung in ihrer Autonomie nicht einschränkt».

Wirklichkeitsfremder Ansatz

Die Bildungsdirektion hatte zwar einen «grossen Freiraum zur organisatorischen Gestaltung der Angebote je nach lokalem Bedarf» versprochen, als sie die Vorlage Ende 2009 präsentierte – nach Ansicht des VBLG stellt sie aber immer noch viel zu hohe Anforderungen: «Der Ansatz einer bis ins Detail einheitlichen Regelung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist wirklichkeitsfremd», heisst es in seiner Stellungnahme. Und ganz konkret: «Die Annahme, dass während der Ferien von morgens 8 Uhr bis abends 18 Uhr eine Tagesbetreuung analog jener während des Schulunterrichts anzubieten ist, schießt weit über das Ziel hinaus.»

Kräuchi bringt aber noch einen zweiten Kritikpunkt ins Spiel: «Man hat immer auf die strengen bundesrechtlichen Vorgaben verwiesen», sagt er. Bern krebse aber inzwischen wieder zurück und wolle beispielsweise von einer Bewilligungspflicht für familiennahe Betreuungsangebote absehen.

Auch Karl Willimann, Präsident der Bildungskommission, spricht von «übertriebenen und kostentreibenden Anforderungen» und einer «Tendenz zur Akademisierung». Die familienexterne Kinderbetreuung an sich sei aber nicht umstritten, betonen sowohl der SVP-Landrat wie auch Kräuchi.

Die Bildungsdirektion selbst will im Moment keine Stellungnahme abgeben und verweist auf die «ausschliessliche Auskunftserteilung» durch Kommissionspräsident Willimann.

Willimann sieht im vorläufigen Scheitern des Gesetzes – das Pendant für den Vorschulbereich ist bereit für den Landrat, nachdem die vorbereitende Kommission im Januar ihre Zustimmung gegeben hat – sogar eine «Chance»: Jetzt sei der Weg frei für ein Gesetz, das massgeschneiderte Lösungen möglich mache und den Gemeinden die nötige Flexibilität einräume.

Betreuung soll bezahlbar sein

Allerdings hat das FEB-Gesetz schon viele Rückschläge erlebt. Eine Vorlage, welche den vorschulischen und den schulischen Bereich noch zusammen behandelt hatte, scheiterte 2008 am Widerstand der Gemeinden. Sie hatten

schon damals eine allzu starke finanzielle Belastung geltend gemacht.

Dass das Gesetz weiterhin nötig ist, betont Sabine Kubli, die Gleichstellungsbeauftragte des Kantons: «Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist erst gegeben, wenn eine klare gesetzliche Grundlage zur familienergänzenden Kinderbetreuung besteht – und diese auch für die Eltern bezahlbar ist.» Punktuell wirksame Massnahmen wie beispielsweise das Impulsprogramm «Familie und Beruf» könnten eine Regellösung nicht ersetzen.

Kubli sagt aber auch, dass in Sachen Kinderbetreuung schon viel gemacht worden sei. Und: Die Anforderungen am Arbeitsmarkt, die vielfältigen Angebote und die Wünsche der Eltern wie auch die unterschiedliche Ausgangslage in den ländlichen respektive stadtnahen Kantonsteilen machten eine gemeinsame Lösung nicht ganz einfach.

Zu bemerken ist aber auch, dass die familienexterne Betreuung 1999 erstmals auf die Traktandenliste kam. Eric Nussbaumer (SP), damals noch Landrat, seit vier Jahren Nationalrat, hatte vor zwölf Jahren ein kantonales Gesamtkonzept für eine familienexterne Kinderbetreuung eingefordert.

Baader ist das Stöckli zu links

Der SVP-Kandidat rechnet mit Ständerat Claude Janiak ab

Von Rolf Zenklusen

Liestal. Den «zunehmenden Linkskurs des Ständerats» will der Baselbieter Ständeratskandidat Caspar Baader (SVP) bremsen. Wer ihn am 23. Oktober wähle, entscheide sich für eine garantiert bürgerliche Politik im Ständerat, erklärte der Gelterkinder gestern an einer Pressekonferenz. «Es wird hartnäckig behauptet, ich sei gegen die Personenfreizügigkeit und wolle die bilateralen Verträge kündigen.» Wahr sei das Gegenteil: Er und die SVP wollten den bilateralen Weg stärken. Die Wirtschaft sei auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. «Doch die Zuwanderung muss sich nach unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten richten.» Mit dem aktuellen Abkommen zur Personenfreizügigkeit könne die Schweiz die Zuwanderung nicht steuern. «Deshalb verlange ich vom Bundesrat, dass er mit der EU Nachverhandlungen führt», unterstrich Baader.

Im Gegensatz zum bisherigen Baselbieter Ständerat Claude Janiak (SP) wehre er sich «eindeutig und klar» gegen einen EU-Beitritt. Das mehrheitlich bürgerliche Baselbiet brauche keinen linken Ständerat, der sich als Mitglied der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) dem Ziel einer EU-Mitgliedschaft verpflichtet habe.

Unterstützung von KMU-Vertretern

Wesentliche Unterschiede zu Janiak zeigte Baader in der Sicherheitspolitik auf. «1988 hatte die Schweiz noch die tiefste Kriminalitätsrate. Heute bestehen keine Unterschiede mehr zum übrigen Europa», betonte Baader. Verschärfungen im Strafrecht, wie sie die SVP gefordert hatte, seien im Ständerat mithilfe von Janiak gescheitert. Baader machte deutlich, dass er – im Gegensatz zu Janiak – auch für eine schlagkräftige Armee und neue Kampfflieger ist.

Christine Mangold, Gemeindepräsidentin von Gelterkinden, ist von Baader überzeugt. Er sei kein «Hardliner»: «Ich kenne ihn als einen konzilianteren und lösungsorientierten Gesprächspartner.»

Der frühere CVP-Nationalrat Walter Jermann unterstützt nicht Ständeratskandidatin Elisabeth Schneider-Schneider (CVP), sondern Caspar Baader. «Er kennt die Anliegen und Sorgen der kleinen und mittleren Unternehmen», erklärte der Unternehmer aus Dittingen. Bei seinem Engagement für die Ausweitung des Baselbieter Bausparmodells auf die eidgenössische Ebene habe ihn Baader stets unterstützt – nicht wie Janiak, der sich im Ständerat der Stimme enthalten habe.

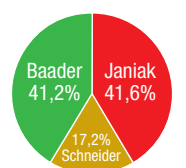
«Als echter Baselbieter fühle ich mich in der kleinen Kammer überhaupt nicht vertreten», ergänzte Georges Thüring, SVP-Landrat aus Grellingen. Janiak wolle eine nationale Erbschaftsteuer einführen, unterstütze weitere Lenkungsabgaben auf Treibstoffe und sorge mit seiner Politik ständig für neue Gesetze und Abgaben.

Thüring würde sich aber auch nicht vertreten fühlen durch Elisabeth Schneider: «Ich habe kein Vertrauen in eine Kandidatin, die in ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit vor allem fremdes Geld ausgegeben hat.» Ausserhalb der CVP habe Schneider in Bern kein Netzwerk, und früher habe sie im Landrat Entscheidungen mitgetragen, die nicht unbedingt KMU-freundlich gewesen seien.

ANZEIGE

BaZ-Umfrage Ständeratswahl

Das Ergebnis der Umfrage:
Wer soll den Kanton Baselland im Ständerat vertreten?



Ständeratswahl wird spannend

Umfrage sagt Zweikampf voraus

Warten in Flüh, weil alle auf Bern warten

Regionale Politiker verschlafen den Doppelspurausbau der Linie 10 im Hinteren Leimental



Einspur bleibt.

In Witterswil im Leimental kreuzt nur selten ein Tram die Strasse. Bis Ettingen hingegen fährt der Zehner ab Dezember so häufig wie ein Tram in der Stadt.

Foto Mischa Christen

Von Peter de Marchi

Oberwil/Liestal. Endstation Ettingen. Der Tramchauffeur hat Pause, trinkt einen Kaffee, vertritt sich kurz die Beine und fährt wieder los – zurück in Richtung Basel. Die Fahrgäste bis nach Rodersdorf hinten stehen sich beim Warten derweilen die Füsse in den Bauch; sie müssen auf den nächsten 10er warten, nur jedes zweite Tram kann weiter ins Hintere Leimental fahren.

Am 11. Dezember verkürzt die BLT den Takt auf der Linie 10 von zehn auf siebeneinhalb Minuten. Paradox aber wahr: Zum Ärger aller Fahrgäste zwischen den Haltestellen Sonnenrain und Rodersdorf verschlechtert sich der Takt für sie. Während beispielsweise in Oberwil künftig alle siebeneinhalb Minuten ein Tram hält, müssen die Witterswiler nach der Taktverdichtung 15 Minuten warten, statt wie heute noch zehn Minuten. Grund: Nach Ettingen ist die Linie 10 noch nicht auf Doppelspur ausgebaut, die Trams kommen im Siebeneinhalb-Minuten-Takt auf nur einem Gleis nicht mehr aneinander vorbei.

Dabei wäre alles bereit für den Doppelspurausbau, wie BLT-Chef Andreas Büttiker sagt: Die Besitzverhältnisse mit den Landeigentümern sind geklärt, der Bund hat die Baubewilligung erteilt, die Vorlage an den Landrat liegt seit einem Jahr auf der Bau- und Umweltschutzdirektion. 28 Millionen Franken würde der Doppelspurausbau kosten, 17 Millionen davon müssen bis 2015 so oder so in die Sanierung der Gleise gesteckt werden, bleiben also 11 Millionen, die der eigentliche Doppelspurausbau kostet, davon übernimmt der Bund 30 Prozent. Gerade mal 8 Millionen würde der Ausbau die beiden Kantone Baselland und Solothurn noch kosten, rechnet Büttiker vor.

Hinterher Jammerbriefe schreiben

Markus Meisinger, Leiter der Abteilung öffentlicher Verkehr auf dem kantonalen Amt für Raumplanung, kann nicht genau abschätzen, wann mit dem Doppelspurausbau begonnen wird. Vielleicht 2013, vielleicht erst 2014. Alles hänge vom Bund ab. Bis 2012 sei bereits alles Geld verbraucht, das von Bern aus in den öffentlichen Verkehr in

die Kantone fliesst. Das neue Paket für die Jahre 2013 bis 2016 werde erst noch geschnürt. Das Geld für den Doppelspurausbau sei noch nicht gesprochen. «Wir müssen auf den Bund warten», sagt Meisinger. Letztlich sei es ein Vabanquespiel, ob der Bund dann tatsächlich auch Geld für das Tram im Hinteren Leimental gebe.

Warten auf Bern? Nein, sagt Andreas Büttiker, die Politiker in Liestal wie auch die National- und Ständeräte müssten selber aktiv werden. «Abwarten ist eine schlechte Strategie, Handeln ist angesagt.» Der Kanton Baselland warte immer ab, und schicke dann hinterher Jammerbriefe nach Bern, weil die Region schon wieder nicht berücksichtigt wurde. Für milliardenschwere Projekte, ja, da würden sich die Politikerinnen und Politiker nur allzu gerne stark machen; für ein paar Millionchen für das Hintere Leimental aber mache niemand einen Finger krumm. Tatsächlich sind es nur ein paar Millionchen, macht der Bund zwischen 2009 und 2012 doch 1,7 Milliarden locker für den öffentlichen Verkehr in den Kantonen. Dieser Betrag sei sogar nochmals um 200 Millionen

aufgestockt worden, sagt Büttiker weiter, für das Hintere Leimental aber habe sich niemand einsetzen wollen – wohl zu wenig prestigeträchtig für Politiker.

«Eine absurde Situation»

Der Doppelspurausbau sei zwingend, sagt Andreas Büttiker. Im Hintere Leimental werde kräftig gebaut. «Wir müssen diese Leute aufs Tram bringen, sonst haben wir sie auf der Strasse.» Auch Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin von Oberwil und Präsidentin der Verkehrskommission Leimental, befürchtet, dass die Menschen wieder vermehrt ins Auto steigen, wenn sie so lange auf ein Tram warten müssen. Lotti Stokar hat im Namen der Verkehrskommission denn auch einen Brief an Baudirektorin Sabine Pegoraro geschrieben mit der Bitte, den Doppelspurausbau im Hinteren Leimental voranzutreiben.

Eine absurde Situation, sagt Büttiker: «Die Trams stehen bereit, das Depot wurde ausgebaut, das Personal ist da, die Tramführer aber müssen wenden in Ettingen.» Nur weil in Bern niemand das Hintere Leimental kennt.